Protokoll über die Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsdatum: Montag, den 13.11.2017
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:14 Uhr
Ort, Raum: Kleiner Sitzungssaal im Rathaus der Stadt Alfeld (Leine),
Marktplatz 1, 31061 Alfeld (Leine)

Anwesend:

Vorsitzende

Ratsfrau Ute Bertram

stellvertretener Vorsitzender

Ratsherr Reginald Klossek

Beigeordneter

Beigeordneter Wolfgang Wiek

Mitglied

Ratsherr Patrick Gensicke

Ratsherr Peter Winkelmann

Ratsfrau Kerstin Funk-Pernitzsch

Ratsherr Stephan Schaper

von der Verwaltung

Bürgermeister Bernd Beushausen

Herr Uwe Brinckmann

Herr Guido Sievers

Herr Uwe Mönkemeyer

Frau Scarlett Springmann, Auszubildende

Protokollführerin

Frau Susanne Meyer

Außerdem anwesend:

Herr Jahns und Frau Di Lorenzo von der

Alfelder Zeitung (Öffentlicher Teil)

Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses sowie der Tagesordnung**

Frau Bertram eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses und begrüßt die Anwesenden, insbesondere Herrn Jahns und Frau Di Lorenzo von der Alfelder Zeitung sowie Frau Lietz, Herrn Neumann, Herrn Bünger-Lang und Herrn Mahnkopf.

Anschließend stellt sie die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Finanzausschusses am 18.09.2017**

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

3. **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2017**

Vorlage: 111/XVIII

Frau Bertram nimmt Bezug auf die Vorlage und möchte wissen, wie sich der Betrag von 27.400 € für das Werbekonzept bezüglich der Umstrukturierung des ÖPVV zusammensetzt. Der Vorlage des Kultur-, Tourismus- und Weltkulturerbeausschusses habe sie entnommen, dass den Zuschlag aufgrund des wirtschaftlichsten Angebotes die Agentur Wolski erhalten habe. Der Landkreis Hildesheim würde eine 75%ige Förderung gewähren.

Herr Sievers stellt klar, dass es sich hier lediglich um eine Zwischenfinanzierung der Stadt Alfeld (Leine) handelt. Unter Berücksichtigung des Zuschusses liegt der städtische Eigenanteil letztlich bei rd. 9.000 €.

Herr Beushausen ergänzt, dass diese Zwischenfinanzierung nötig ist, da bereits im September 2017 beim Stadtfest Werbemaßnahmen für den neuen Fahrplan eingeleitet wurden.

Herr Schaper fragt an, ob die Stadt Alfeld (Leine) nicht Umsatzsteuer gespart hätte, wenn die RVHi den entsprechenden Auftrag anstelle der Stadt erteilt hätte. Dazu führt **Herr Beushausen** aus, dass das Unternehmen nach den entsprechenden Richtlinien nicht antragsberechtigt war.

Der Finanzausschuss nimmt die in der Vorlage genannten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zur Kenntnis.

4. **Erlass einer neuen Hundesteuersatzung**

Vorlage: 110/XVIII

Frau Bertram wundert sich über die geringe Erhöhung der Hundesteuer und fragt, was mit dieser Steuer abgedeckt wird.

Herr Sievers teilt dazu mit, dass es sich bei der Hundesteuer in erster Linie um ein ordnungspolitisches Instrument handelt, mit dem die Anzahl der Hunde in den Städten und Gemeinden gesteuert werden soll.

Herr Beushausen führt weiter erklärend aus, dass es sich bei der Hundesteuer um eine Verdrängungssteuer handelt, mit der die unkontrollierte Vermehrung von Hunden vermieden werden soll. Es handelt sich somit um ein ordnungspolitisches Mittel.

Bezüglich der geringen Erhöhung erklärt Herr Sievers, dass es bei der Änderung der Hundesteuersatzung hauptsächlich um redaktionelle Änderungen geht. Insbesondere sollen die Steuerbeträge glatt teilbar sein, damit die Verwaltung die Hundesteuerbescheide nicht manuell ändern muss, da das EDV-System centgenau berechnet und es bisher häufig zu Abweichungen kam.

Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt den in der beigefügten Synopse enthaltenen Entwurf der Hundesteuersatzung der Stadt Alfeld (Leine) als Satzung.“

-einstimmig-

5. **Beteiligung der Ortsräte am Haushaltsplan 2018 und an der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung 2017 - 2021 (die entsprechende Liste sowie die Informationsvorlage wird allen Beteiligten nachgesandt)**
Vorlage: 113/XVIII

Frau Bertram nimmt auf die Vorlage Bezug und verweist auf die dazugehörige Liste über die Wünsche der Ortsräte für das Haushaltsjahr 2018. Sie bittet um die gemeinsame Behandlung der TOP 5 und 6, da diese sachlich zusammenhängen.

Herr Beushausen berichtet, dass die Ortsräte rechtzeitig an den Haushaltsplanungen beteiligt wurden. Aus dieser Beteiligung resultiert die vorgenannte Liste. Es wurde seitens der Verwaltung festgestellt, dass viele der gewünschten Dinge nicht haushaltsrelevant sind, sondern direkt in den Bereich der Bauunterhaltung fallen oder aber bereits in Arbeit sind. Über die verbleibenden Punkte, die für die Haushaltsplanberatungen relevant sind, werden die Fachausschüsse beraten.

Der Wunsch der Ortsräte Brunkensen/Lütgenholzen und Föhrste nach einem eigenen Budget ist Thema der heutigen Sitzung.

Hierzu ergreift **Herr Bünger-Lang** das Wort und führt aus, dass der Ortsrat Brunkensen das Ehrenamt stärken möchte. Die Bürger, die die Beete und Grünflächen im Dorf pflegen, sollten ihre Aufwendungen ersetzt bekommen. Insbesondere Materialkosten sollen ohne großen Verwaltungsaufwand ersetzt werden. Auch eine „Dankesfeier“ sollte stattfinden können. Zur Finanzierung der vorgenannten Dinge wünscht sich der Ortsrat ein eigenes Budget, damit unbürokratisch gehandelt werden kann.

Herr Bünger-Lang weist dabei ausdrücklich darauf hin, dass es hier nicht um Lohnkosten oder um eine Konkurrenz zum Bauhof geht. Der Bauhof soll durch diese Maßnahmen arbeitsmäßig entlastet werden.

Herr Wiek fragt, wie diese Angelegenheiten in der Kernstadt geregelt sind.

Am Beispiel der Bismarckstraße erläutert **Herr Beushausen** die Handhabung in der Kernstadt. Dort gibt es eine Anwohnerin, die das Material für die Erstausrüstung der Beete zur Verfügung gestellt wurde. Spätere Materialkosten werden ebenfalls erstattet. Der Bauhof unterstützt in Absprache mit der Anwohnerin die Arbeiten, so liefert er z.B. Erde oder Rindenmulch an und holt Grünschnitt ab.

Im Grunde ist die Einrichtung eines Budgets für die Ortsteile also nicht nötig, weil bereits jetzt Auslagen, die im Zusammenhang mit solchen Arbeiten entstehen, auf Antrag von der Stadt unbürokratisch erstattet werden.

Herr Bünger-Lang erklärt, dass er es den Bürgern leichter machen möchte. Sie sollen spontan die Möglichkeit erhalten, Pflegearbeiten vornehmen zu können und dem jeweiligen Beet ihre persönliche Note zukommen zu lassen. Ihre Auslagen sollen unbürokratisch erstattet werden.

Frau Bertram unterstützt dieses Ansinnen, denn durch die Aktionen der Bürger erhält das Dorf ein gepflegtes Ortsbild. Der Bauhof, dessen Aufgaben immer vielfältiger werden, wird durch die Unterstützung der Bürger entlastet und muss nicht mehr so viele Überstunden leisten. Das Ehrenamt sollte daher unterstützt werden.

Herr Wiek gibt zu bedenken, dass in diesem Fall jedoch die Kosten für die Ehrenamtlichen zu den Kosten des Bauhofs hinzukommen. Es stellt sich ferner die Frage, wer über die einzelnen Maßnahmen und deren Größenordnung entscheidet. Wenn den Ortsteilen Brunken- sen/Lütgenholzen und Föhrste ein derartiges Budget zugestanden würde, müssten alle anderen Ortsteile ebenfalls ein Budget erhalten, was zu einer erheblichen Haushaltsausweitung führen würde.

Ferner weist **Herr Wiek** darauf hin, das vorgesehen ist, den Bauhof um drei Mitarbeiter zu erweitern, so dass sich die Situation verbessern wird.

Herr Wiek schlägt vor, das Budget des Bürgermeisters um 2.000 € zu erhöhen, damit die Orts- räte die Auslagen für ihre Ehrenamtlichen dort abrufen können.

Frau Funk-Pernitzsch ergänzt diesen Vorschlag dahingehend, dass seitens der Verwaltung eine Liste erstellt werden sollte, aus der sich ergibt, nach welchen Kriterien eine Kostenerstat- tung erfolgen kann.

Herr Beushausen schlägt vor, einen Entwurf für eine entsprechende Richtlinie zu fertigen. Fer- ner wäre die Entwicklung des Budgets zu beobachten und ggf. im nächsten Jahr anzupassen.

Nach Abschluss der Diskussion bittet Frau Bertram um Abstimmung der sich aus den TOP 5 und 6 ergebenden beiden Anträge:

- a) Aufstockung des Budgets des Bürgermeisters (Verfügungsmittel) um 2.000 €
- b) Erstattungsmöglichkeit von Materialkosten durch die Verwaltung anhand der von der Verwaltung zu erstellenden Handreichungsliste.

-Einstimmig-

6. Behandlung der Anträge, Anregungen und Wünsche der Ortsräte; hier Einrichtung von Ortsrats-Budgets"

Der Tagesordnungspunkt 6 wurde, wie oben bereits ausgeführt, unter TOP 5 mitbehandelt.

7. Haushaltsplan 2018; mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2017 - 2021 (die Unterla- gen sind zeitgleich zugestellt worden)

Vorlage: 114/XVIII

Frau Bertram gibt die wesentlichen Punkte aus der Informationsvorlage der Kämmerei zum Haushaltsplanentwurf wieder. Sie stellt heraus, dass sich das ordentliche Ergebnis auf rd. mi- nus 1,5 Millionen Euro beläuft.

Damit das Defizit im Ergebnishaushalt nicht noch größer wird, wird von der Verwaltung empfoh- len, die Grundsteuer A von aktuell 450 Prozentpunkte auf 500 und die Grundsteuer B aktuell von 470 auf 500 Prozentpunkte zu erhöhen. Vergleichsweise dazu hat die Gemeinde Freden aktuell jeweils 500 Prozentpunkte und die Stadt Hildesheim 540 Prozentpunkte festgesetzt. Die übrigen Gemeinden liegen unterhalb der nun vorgesehenen Höhe.

Aufgrund des nicht ausgeglichenen Haushalts ist das Haushaltssicherungskonzept fortzuführen.

Für die bevorstehenden Sitzungen der Fachausschüsse ergibt sich aus ihrer Sicht vor dem Hintergrund des nicht ausgeglichenen Haushalts kein Spielraum für Ausweitungen. Sollte es zu Ausweitungen kommen, müssen diese aus ihrer Sicht zwingend an anderer Stelle eingespart werden, da die gesetzlichen Grundlagen einen ausgeglichenen Haushalt vorsehen.

Die freiwilligen Leistungen sollten dabei kritisch überdacht werden. Es muss genau geschaut werden, ob alle geplanten Investitionen tatsächlich ausgeführt werden müssen.

Frau Bertram stellt heraus, dass der vorgelegte Haushaltsplanentwurf hinsichtlich der Höhe der für 2018 vorgesehenen Kreditaufnahme nicht genehmigungsfähig ist.

Diese Aussage stellt **Herr Beushausen** anhand des zeitlichen Ablaufes richtig. Er verweist dazu auf die Informationsvorlage der Kämmerei auf Seite 4, letzter Absatz. Die Kommunalaufsicht hat anerkannt, dass der Bereich „Kindertagesstätten“ auch bei der Kreditaufnahme gesondert zu betrachten ist. Da es sich dabei um eine Pflichtaufgabe für die Stadt Alfeld (Leine) handelt, vertritt auch die Kommunalaufsicht die Ansicht, dass ein Kreditbedarf in dem Zusammenhang grundsätzlich nicht zu einer Einschränkung der übrigen Investitionen im Bereich des allgemeinen Haushalts führen darf. Von daher ist auch der Kreditbedarf von 300.000 Euro im Entwurf 2018 für die weitere Beplanung des Grundstückes „Alte Post“ zu einer Kindertagesstätte gesondert zu sehen, also gedanklich aus der Beurteilung der „Nettoneuverschuldung gleich = 0“ herauszurechnen. Vor diesem Hintergrund lag der Haushaltsplanentwurf 2018 um rd. 85.600 Euro unter der Vorgabe der Kommunalaufsicht. Dieses hat sich dann nachträglich durch die neue Auflage der Kommunalaufsicht in der Genehmigung der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017 geändert. Danach ist es aktuell so, dass die Stadt ihren Kreditbedarf im Bereich des allgemeinen Haushalts 2018 noch um rd. 114.000 Euro reduzieren muss. Dazu wird die Verwaltung bis zur Verabschiedung der Haushaltssatzung einen geeigneten Vorschlag machen.

Herr Beushausen weist darauf hin, dass sich bei der Investitionsmaßnahme „Winzenburger Straße“ Änderungen bei den Veranschlagungen gegenüber dem Haushaltsplanentwurf ergeben. Hintergrund ist, dass der Landtag das Gesetz, das die Verwendung der Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) regelt, in der abgelaufenen Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet hat. Herr Sievers nennt dazu die Veränderungen im Einzelnen. Derzeit sind im Produkt 538.11 (Bau, Unterhaltung u. Betrieb der Abwasserkanäle) für 2018 insgesamt 1,0 Millionen Euro und für das Jahr 2020 in der Finanzplanung weitere 700.000 Euro für die Trennung des Regenwasserkanals vorgesehen. Diese Ansätze werden jeweils um ein Jahr, also auf 2019 bzw. 2021 nach hinten verschoben. Im Produkt 451.01 (Bau u. Unterhaltung von Gemeindestraßen, Wegen etc.) sind als Kostenanteil der Stadt für die Nebenflächen (Gehwege usw.) im Jahr 2020 insgesamt 800.000 Euro eingeplant. Aufgrund der geschilderten Entwicklung werden nunmehr stattdessen jeweils 400.000 Euro für die Jahre 2021 und 2022 vorgesehen.

Herr Beushausen berichtet, dass der Landrat, Herr Levonen, an den zuständigen Ministerialpräsidenten geschrieben und um Hilfe in Bezug auf die Kosten für die Kindertagesstätten gebeten hat. Die Kommunen können ihre Haushalte nicht in den Griff bekommen, wenn sie keine Unterstützung im Bereich der Kindertagesstätten erhalten.

Herr Wiek weist ganz allgemein zu den anstehenden Beratungen des Haushaltsplanentwurfes in den Fachausschüssen darauf hin, dass eventuelle Änderungsanträge auch in diesen Sitzungen gestellt werden sollten. Andernfalls würde zumindest die Gruppe SPD/Grüne sie ablehnen müssen, weil sie nicht mehr rechtzeitig vor der Verabschiedung der Haushaltssatzung im Rat darüber beraten kann.

Frau Bertram erkundigt sich nach der Betriebsabrechnung bezüglich des 7 Berge Bades.

Herr Beushausen berichtet, dass diese im Fachausschuss vorgestellt worden ist. Für das Jahr 2016 hat sie ohnehin wenig Aussagekraft bzw. sei nicht möglich, weil das Bad, bedingt durch den Fliesenschaden, sehr lange geschlossen war.

Frau Bertram bittet sodann abschließend den Haushaltsplanentwurf in den Fachausschüssen zu beraten.

8. Mitteilungen der Verwaltung

-keine-

9. Anfragen

-keine-

Herr Bünger-Lang erkundigt sich nach Abwicklung der Spende im Zusammenhang mit dem Hochwasser.

Herr Beushausen spricht an dieser Stelle noch einmal seinen aufrichtigen Dank allen Helfern aus und teilt mit, dass diese Angelegenheit noch in der Verwaltung diskutiert wird, damit die Helfer nicht in eine steuerrechtliche Problemstellung kommen. Die Verwaltung wird einen Vorschlag unterbreiten.

Frau Bertram schließt die Sitzung um 18.41 Uhr.

Vorsitzende

Aufgenommen

Der Bürgermeister

(Bertram)

(Meyer)

(Beushausen)